

Bei der Plenardebatte um den Antrag der FDP-Fraktion (Investitionssicherheit für Handwerksbetriebe schaffen – Einfahrt in die Umweltzone weiterhin mit Handwerkerparkausweis ermöglichen, Drucksache 15/128) sagte Minister Remmel allerdings: *„Insofern würde eine weitere einfache Verlängerung der Ausnahmegenehmigung in mehrfacher Hinsicht der Politik der EU, der Politik für Umwelt und Gesundheit widersprechen. Jede Aufweichung schränkt die Wirksamkeit von Umweltzonen ein. Jede Aufweichung würde die Verlässlichkeit einmal getroffener Regelungen infrage stellen. Und es wäre auch gegen den Wettbewerb. Denn bisher war klar: Am 31. Dezember laufen die Genehmigungen aus.“*

Der Sprecher der Grünen Fraktion warf der FDP-Fraktion im Rahmen der Debatte im Landtag vor: *„Sie wollen einmal mehr Ihren Ruf als Lobbyparteien der Zukunftsverweigerer festigen.“*

Insofern stellt sich die Frage, ob Frau Lütkes ebenfalls Lobbyistin für Zukunftsverweigerer ist oder ob sie die offizielle Meinung der Landesregierung mit ihrer Aussage wiedergibt und ob die von ihr versprochene Ausnahmegenehmigung dann nur für die Umweltzonen im Regierungsbezirk Düsseldorf oder für alle Umweltzonen in Nordrhein-Westfalen gelten soll.

Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales

18 Abgeordneter
Michael Aggelidis DIE LINKE

Castortransporte aus Ahaus

Vorausgesetzt, in Anbetracht der Weigerung der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, ihre Häfen zur Verschiffung von Castoren aus Ahaus zur Verfügung zu stellen, wird eine Alternativroute über französische Häfen geplant.

Welche Auswirkungen hätte das für das Land NRW und andere Bundesländer?

19 Abgeordneter
Michael Aggelidis DIE LINKE

Castortransporte aus Ahaus

Sieht die Landesregierung in Anbetracht der aktuellen Terrorwarnung der Bundesregierung die öffentliche Sicherheit und Ordnung und den Schutz vor terroristischen Angriffen hinreichend

gewährleistet, wenn umfangreiche Polizeikräfte und Polizeireserven im Falle eines Transportes für den Castoren-Schutz abgezogen würden?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

20 Abgeordneter
Hendrik Wüst CDU

Ist das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Landesregierung zerrüttet?

Der Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass auf Seiten von Wirtschaft und Industrie Unmut herrscht über den Umgang der Landesregierung mit Ihren Anliegen.

So schreibt die Westdeutsche Allgemeine Zeitung am 27. November:

„Noch keine Landesregierung, noch kein Wirtschaftsminister hat es geschafft, das Verhältnis zur Industrie so schnell zu zerrütten wie Harry K. Voigtsberger.“

„Zum parlamentarischen Abend des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) kam Voigtsberger ebenso zu spät wie zur Jubiläumsfeier der Steag Fernwärme, wo Voigtsberger einer der Redner war.“

Kleinlich könnte man sagen, wäre da nicht die große Missstimmung, die allerorten aus den Vorstandsetagen dringt, was die Bearbeitung von Einladungen und Terminen angeht.“

„Noch schlimmer als protokollarische Missachtungen ist aus Sicht der Wirtschaft die offensichtliche Gegnerschaft, in die sich der Minister zur Industrie begibt. Beim Bayer-Konzern, der sich wie Thyssen-Krupp durchaus als Spender im Lande einen Namen gemacht hat, schütteln Verantwortliche nur noch den Kopf. Nach der Bekanntgabe eines Abbaus von 1700 Stellen in Deutschland erregte sich der Minister beim parlamentarischen Abend des VCI darüber, dass er aus der Presse davon erfahren habe.“

Bayer hingegen verweist auf Briefe und Faxe, die ins Ministerium und die Staatskanzlei geschickt worden waren. Am 18. November. Erst am selben Abend wurde der Abbau öffentlich.“